

# Deutschland hat Zukunft Steuerpolitik – gerecht, für Wachstum und Chancen

---

**Dienstag, 17. Juli 2018 um 17:30 Uhr**

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

---

## Steuerpolitik für Wachstum

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Füracker,

sehr geehrter Herr Geberth,

sehr geehrter Herr Dr. Schwab,

sehr geehrter Herr Prof. Spengel,

meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem Deutschland hat  
Zukunft Kongress im Haus der Bayerischen  
Wirtschaft!

Thema des heutigen Abends ist die Steuerpolitik.

Diese muss

- das Wirtschaftswachstum antreiben,
- Unternehmen wie Privatpersonen Chancen  
zur Entfaltung geben
- und insgesamt gerecht sein.

Soweit der Anspruch. Die Wirklichkeit sieht leider  
anders aus.

Das deutsche Steuersystem ist ungerecht und international nicht mehr wettbewerbsfähig.

Wir brauchen eine Trendwende!

Zwischen 2007 und 2017 ist das deutsche Steueraufkommen um fast 37 Prozent gestiegen – von 538 auf 735 Milliarden Euro.

Diese Entwicklung soll sich fortsetzen.

Für 2018 erwartet man Steuereinnahmen in Höhe von 764 Milliarden Euro.

Doch die Bundesregierung nutzt die gute Ausgangslage kaum, um eine wachstumsfördernde Steuerpolitik in Gang zu setzen.

Zwar sieht der Koalitionsvertrag der Bundesregierung:

- die Korrektur der Kalten Progression,
- die steuerliche Forschungsförderung,
- die teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags,
- Korrekturen im Außensteuerrecht,
- die steuerliche Förderung von Wohnungsbau und Elektromobilität

- und den Abbau von Steuerbürokratie

vor.

Doch gehen diese Pläne nicht weit genug!

Es ist jetzt Zeit,

- echte steuerliche Impulse für Wirtschaft und Forschung zu geben und
- die Bürger spürbar zu entlasten!

Konkret sind jetzt folgende Maßnahmen erforderlich:

Erstens: Die Steuerlast muss auf ein angemessenes Niveau sinken!

Der internationale Vergleich zeigt, dass die Unternehmenssteuern in Deutschland viel zu hoch sind.

Während Länder wie die USA, Großbritannien, Frankreich und Belgien Steuern senken und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, führen wir eine überflüssige und fehlgeleitete Debatte über eine Robotersteuer und die Besteuerung der digitalen Wirtschaft.

Das ist absurd – zumal Robotereinsatz und Digitalisierung das Steueraufkommen bereits kräftig verbessern!

Deutschland steht kurz davor, in der Unternehmensbesteuerung die Rote Laterne von Frankreich zu übernehmen.

Wir dürfen unseren Standort nicht schwächen, wir müssen ihn stärken!

Dazu muss die Unternehmensbesteuerung von derzeit 31,7 Prozent bis zum Jahr 2022 auf 25 Prozent sinken.

Zudem muss

- der Solidaritätszuschlag für alle abgeschafft,
- der Einkommensteuertarif auf Räder gestellt
- und der Mittelstandsbauch abgeflacht werden.

Der Spitzensteuersatz darf mittelfristig erst ab 100.000 Euro greifen.

Wir begrüßen es als vbw sehr, dass der Freistaat jüngst eine Initiative in den Bundesrat eingebracht hat, um Kapitalgesellschaften steuerlich zu entlasten und die Steuerbürokratie einzudämmen.

Diese wachstums- und chancenorientierte Ausrichtung der bayerischen Steuerpolitik muss bundesweit Vorbild sein!

Zweitens: Die Koalition muss zwei Gänge hochschalten und angekündigte Fördermaßnahmen endlich auf den Weg bringen!

Das gilt unter anderem für bessere Abschreibungsbedingungen für den Wohnungsbau und die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung und der Elektromobilität.

Die Bundesregierung hat hier Investitionsimpulse versprochen, ist bislang aber tatenlos geblieben. Der Politik muss klar sein, dass Verzögerungen investitionshemmend wirken!

Drittens: Wir müssen Bürokratie im Steuerrecht abbauen und Rechtssicherheit ausbauen!

Die international teils sehr unterschiedlichen steuerlichen Gegebenheiten erschweren eine Vereinfachung.

Dennoch muss es den politisch Verantwortlichen gelingen, Bürokratie-Bremsen zu lösen und

Steuer-Verfahren praktikabler zu machen.

Wir müssen es beispielsweise schaffen,  
Doppelbesteuerungen zu vermeiden.

Gelingen kann dies, wenn wir

- Auskunftsansprüche gegenüber der Finanzverwaltung weiter verbessern und
- internationale Streitbeilegungsmechanismen stärken.

Darüber hinaus muss das Mehrwertsteuersystem auf EU-Ebene harmonisiert werden, um den grenzüberschreitenden Handel zu vereinfachen.

Nötig ist es auch, die Pläne der Bundesregierung zur Entbürokratisierung möglichst rasch umzusetzen und beispielsweise die Verfahrensdauer bei Betriebsprüfungen zu verkürzen.

Bei den Maßnahmen gegen steuerlichen Missbrauch dürfen wir nicht über das Ziel hinausschießen. Vor allem bei den Berichts- und Transparenzpflichten gilt es, Maß und Mitte zu wahren.

Viertens: Die Steuerlast auf Immobilien und Immobiliengeschäfte darf uns nicht erdrücken!

Im April hat das Bundesverfassungsgericht die Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt. Bis 2019 muss eine neue Lösung gefunden werden.

Wir brauchen jetzt eine Reform, die stabile Verhältnisse garantiert.

Wir als vbw sprechen uns für ein einfaches Flächenmodell aus, das sich schnell und ohne großen bürokratischen Aufwand umsetzen lässt, kalkulierbar ist und hohe Belastungen für Vermieter und Mieter ausschließt.

Zudem sollte der Gesetzgeber die Grunderwerbsteuer nicht weiter verschärfen. Die von einer knappen Ländermehrheit angestrebte Höherbelastung von „Share-deals“ ist nicht angebracht!

Noch ein Wort zu Europa: Wir brauchen auf europäischer Bühne einen steuerpolitischen Paradigmenwechsel:



Weg vom Misstrauen gegenüber Nationalstaaten und Steuerzahlern und hin zu einer auf Wachstum ausgerichteten Steuerpolitik!

Ziel muss es einerseits sein, einen Binnenmarkt mit fairen und einheitlichen Steuervorschriften zu etablieren.

Voraussetzung hierfür ist eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer – verbunden mit Anreizen, Investitionen zu tätigen und Innovationen auf den Weg zu bringen.

Zum anderen dürfen wir uns im Zuge der digitalen Transformation auf keinen Fall Wachstumschancen verbauen.

Deutschland und Europa setzen auf ein neues digitales Wirtschaftswunder. Es ist deshalb völlig sinnwidrig, eine europäische Sondersteuer auf digitale Geschäftsmodelle zu erheben.

Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene ‚digital services tax‘ würde den Auf- und Ausbau großer europäischer digitaler Plattformen massiv behindern.

Das können wir uns nicht leisten!

Meine Damen und Herren,

Steuerreformen müssen das Ziel haben,

- den Menschen mehr von ihrer Leistung zu lassen,
- Aufstiegschancen zu fördern,
- Investitionen und innovatives unternehmerisches Engagement zu erleichtern
- und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit abzusichern.

Wir brauchen endlich eine chancenorientierte Steuerpolitik! Vielen Dank!